



Bundesanzeiger

Herausgegeben vom
Bundesministerium der Justiz

Die auf den folgenden Seiten gedruckte Bekanntmachung entspricht der Veröffentlichung im Bundesanzeiger.

Daten zur Veröffentlichung:

Veröffentlichungsmedium: Internet
Internet-Adresse: www.bundesanzeiger.de
Veröffentlichungsdatum: 03. Dezember 2013
Rubrik: Jahresabschlüsse/Jahresfinanzberichte
Art der Bekanntmachung: Jahresabschlüsse
Veröffentlichungspflichtiger: Gontard & MetallBank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main
Fondsname:
ISIN:
Auftragsnummer: 130812033270
Verlagsadresse: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Amsterdamer Straße 192,
50735 Köln

Dieser Beleg über eine Veröffentlichung im Bundesanzeiger hat Dokumentencharakter für Nachweiszwecke. Wir empfehlen daher, diesen Beleg aufzubewahren. Zusätzliche beim Verlag angeforderte Belege sind **kostenpflichtig**.


Gontard & MetallBank
AKTIENGESELLSCHAFT IN INSOLVENZ

Gontard & MetallBank Aktiengesellschaft

Frankfurt am Main

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 17.05.2011 bis zum 16.05.2012

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 17. Mai 2011 bis 16. Mai 2012

Vorbemerkung

Am 14. Mai 2002 wurde durch den Vorstand der Gontard & MetallBank AG die Überschuldungsanzeige beim Amtsgericht Frankfurt am Main eingereicht. Das Amtsgericht Frankfurt am Main eröffnete am 17. Mai 2002 auf Antrag der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom 16. Mai 2002 über das Vermögen der Gontard & MetallBank AG das Insolvenzverfahren wegen Überschuldung. Rechtsanwalt Dr. Klaus Pannen, Frankfurt am Main, wurde zum Insolvenzverwalter bestellt.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses zum 16. Mai 2012 und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2011/2012 hat sich infolge der erst am 5. April 2012 erfolgten Bestellung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 17. Mai 2009 bis 16. Mai 2010 verzögert. Dadurch verzögerten sich auch die nachfolgenden Abschlüsse der nachfolgenden Geschäftsjahre. Der Abschluss des Geschäftsjahres vom 17. Mai 2011 bis 16. Mai 2012 erfolgte im Juni 2013.

Für die Aufstellung des Abschlusses für das Geschäftsjahr 2011/2012 wurden wertaufhellende Ereignisse bis Mitte Juni 2013 berücksichtigt.

Geschäftsverlauf

Die Verwertung der vorhandenen Vermögensmassen ist im Geschäftsjahr 2011/2012 weiter fortgeschritten.

Aus aufsichtsrechtlichen Gründen wurde seit Eröffnung des Insolvenzverfahrens kein Neugeschäft mehr generiert.

Die Gläubigerversammlung hat beschlossen, den Bankbetrieb nur im Rahmen der Abwicklung aufrechtzuerhalten.

Die Bewertung der im Jahresabschluss erfassten Vermögensgegenstände und Schulden erfolgte im Hinblick auf die Abwicklung der Bank insoweit unter Abkehr vom Grundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Der Gläubigerausschuss ist im vollen Umfang in das Verfahren eingebunden und wird fortlaufend unterrichtet.

Der Insolvenzverwalter berichtet gegenüber dem aufsichtsführenden Amtsgericht Frankfurt am Main, Insolvenzgericht, in halbjährlichem Turnus. Bisher sind zum 12. August 2002, zum 12. Februar 2003, zum 12. August 2003, zum 12. Februar 2004, zum 12. August 2004, zum 12. Februar 2005, zum 12. August 2005, zum 12. Februar 2006, zum 12. August 2006, zum 12. Februar 2007, zum 6. August 2007, zum 12. Februar 2008, zum 12. August 2008, zum 12. Februar 2009, zum 11. August 2009, zum 12. Februar 2010, zum 12. August 2010, zum 12. Februar 2011, zum 12. August 2011, zum 12. Februar 2012 und zum 12. August 2012 entsprechende schriftliche Berichte erteilt worden.

Die Verfahrenskosten gemäß § 54 Nr. 1 und 2 InsO können noch nicht exakt bemessen werden. Auch die sonstigen Masseverbindlichkeiten gemäß § 55 Abs. 1 InsO sind zurzeit noch nicht ausreichend konkret zu beziffern.

Geschäftstätigkeiten

Alle Dienstleistungsverträge, die nicht unmittelbar der Aufrechterhaltung des Bankbetriebes dienen, wurden nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens gekündigt. Dazu gehörten auch die mit diversen Anbietern abgeschlossenen IT-Verträge, die zur Abwicklung einzelner Geschäftstätigkeiten notwendig waren. Zur Erfassung der Buchhaltungsdaten ist seit dem 1. Juli 2003 ein Finanzbuchhaltungsprogramm der Fa. HS-Hamburger Software GmbH & Co. KG im Einsatz.

Hierüber wird auch die Skontrierung der noch vorhandenen Kundenkontenumsätze gebucht.

Die Abwicklung von Wertpapierdepots einzelner Kunden, deren Bestände überwiegend zur Sicherheit noch nicht zurückgezahlter Kredite dienen, wird durch eine selbstentwickelte Access-Datenbank unterstützt.

Mitarbeiter

Zu Beginn des Insolvenzverfahrens am 17. Mai 2002 waren 211 Mitarbeiter bei der Bank beschäftigt. Nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens wurde ein Abwicklungsteam aus 71 Mitarbeitern rekrutiert, um eine ordnungsgemäße Abwicklung der Bank zu gewährleisten. Die Zahl der Mitarbeiter wurde seitdem kontinuierlich reduziert.

Im Geschäftsjahr 2011/2012 waren durchschnittlich 3 Mitarbeiter beschäftigt, zum Bilanzstichtag 16. Mai 2012 betrug die Zahl der Beschäftigten 3.

Ein Sozialplan wurde im August/September 2002 zwischen dem Betriebsrat der Bank und dem Insolvenzverwalter geschlossen. Der Sozialplan sieht vor, dass insgesamt das zweieinhalbfache des Monatsverdienstes (§ 10 KSchG) eines Mitarbeiters, der unter den Geltungsbereich des Sozialplans fällt, ausgezahlt wird. Eine entsprechende Rückstellung wurde gebildet. Der Sozialplan wurde in enger Kooperation mit dem Betriebsrat erarbeitet. Die gebildeten Rückstellungen wurden inzwischen für die Erfüllung der Leistungen des Sozialplanes verbraucht.

Insolvenzforderungen

Im Geschäftsjahr 2011/2012 wurde eine Abschlagszahlung in Höhe von 57 % an Gläubiger, deren Forderungen nach weiteren Prüfungen festgestellt waren, ausgezahlt. Die Abschlagszahlung hatte ein Volumen von € 3,9 Mio.

Die Insolvenzquote beläuft sich bisher auf rd. 57 %. Eine exakte Bezifferung der endgültigen Quote kann aufgrund von Unwägbarkeiten bei noch offenen Forderungen und Verfahren nicht vorgenommen werden.

Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs

In Absprache mit der Deutschen Bundesbank sind die Konten der Bank nach Insolvenzeröffnung unter der bisherigen BLZ weitergeführt worden. Am 5. Juni 2008 wurde ein Antrag auf Löschung der Bankleitzahl gestellt. Am 8. September 2008 wurde daraufhin die Löschung der Bankleitzahl durch die Deutsche Bundesbank vorgenommen.

Für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs sind mit der Deutschen Bank PGK AG Vereinbarungen über den Lastschrifteneinzug und die Guthabenverzinsung getroffen worden. In Absprache mit dem Gläubigerausschuss ist ein den spezifischen Anforderungen der Abwicklung genügendes Bankkontensystem entwickelt worden.

Wertpapierdepots

Bei den wenigen im Geschäftsjahr 2011/2012 vorhandenen Wertpapierdepots handelt es sich um Kundendepots. Einzelne Kundendepots dienen als Sicherheit für noch nicht zurückgezahlte Kredite. Für einzelne Kundendepots wurden bisher keine Depotübertragungsanträge gestellt. Die Anzahl der Wertpapierdepots konnte durch die Übertragung an andere Banken im Geschäftsjahr weiter reduziert werden.

Verwertung der Kreditforderungen

Schwerpunkt der Abwicklung im Geschäftsjahr 2011/2012 war weiterhin die Verwertung von Kreditforderungen (Firmenkredite, Baufinanzierungen, Kontokorrentkredite u.a.). Hierzu wurden unter Leitung des Insolvenzverwalters spezielle Teams aus Rechtsanwälten und Bankmitarbeitern gebildet, die in regelmäßigen Besprechungen die einzelnen Verwertungsmaßnahmen beschließen. Im Geschäftsjahr 2011/2012 wurden die Kundenforderungen durch Rückzahlungen um T€ 144 vermindert.

Neben den erforderlichen Einzelwertberichtigungen für akute Adressenausfallrisiken wurde für die Forderungen aus dem Kreditgeschäft eine angemessene Pauschalwertberichtigung wegen latenter Risiken gebildet.

Verwertung des Wertpapiereigenbestands

Die Verwertung des Wertpapiereigenbestandes der Schuldnerin verläuft weiter plangemäß.

Unterstützung der Einlegerentschädigung

Der Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken ist weiterhin im Rahmen der Einlegerentschädigung tätig.

Abwicklung der Inhaberschuldverschreibungen

Die Forderungen aus Inhaberschuldverschreibungen der Bank sind nach dem Statut des Einlagensicherungsfonds nicht einlagengesichert. Für diese Gläubiger wurde auf der Grundlage des Gesetzes betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen eine Versammlung der Inhaberschuldverschreibungsgläubiger durchgeführt, auf der am 29. Juli 2002 Herr Rechtsanwalt Klaus Niding zum gemeinsamen Vertreter gewählt wurde. Die Inhaberschuldverschreibungsgläubiger nehmen als Insolvenzgläubiger über ihren gemeinsamen Vertreter am Verfahren teil.

Prozesse

Die zum Zeitpunkt der Eröffnung des Insolvenzverfahrens anhängigen Aktivprozesse sind weitgehend fortgeführt worden. Nach Insolvenzeröffnung hat der Insolvenzverwalter zudem zahlreiche neue Aktivprozesse eingeleitet. Dabei geht es überwiegend um Leistungsklagen auf Rückzahlung von Forderungen aus Darlehensverträgen.

Zum Zeitpunkt der Insolvenzeröffnung anhängige Passivprozesse wurden gemäß § 240 ZPO unterbrochen. Forderungen gegen die Gontard & MetallBank AG i. I., die sich aus dem Zeitraum vor Insolvenzeröffnung ergeben, wurden als Insolvenzforderungen (§ 38 InsO) zur Insolvenztabelle angemeldet. Soweit der Insolvenzverwalter einzelne Forderungen nach Prüfung im Einzelfall bestritten hat, haben einige der Gläubiger Klagen auf Feststellung ihrer Forderungen zur Insolvenztabelle erhoben.

Besonders erwähnenswert unter diesen Passivprozessen sind Prospekthaftungsklagen, die sich auf einen von der Gontard & MetallBank AG im Jahre 2001 erstellten Prospekt für eine Wandelschuldverschreibung beziehen. Von Klägerseite wird die Unrichtigkeit/Unvollständigkeit des Prospekts geltend gemacht. Insofern sind zahlreiche Forderungen zur Insolvenztabelle angemeldet worden. Nach Prüfung der Forderungen hat der Insolvenzverwalter diese Forderungen aus angeblicher Prospekthaftung in vollem Umfang bestritten. Daraufhin sind Insolvenzforderungen im Umfang von insgesamt knapp € 25 Mio im Rahmen von Feststellungsklagen geltend gemacht worden. In diesem Zusammenhang sind auch Klagen gegen ein die Emission mitbegleitendes anderes Kreditinstitut sowie den zwischenzeitlich insolventen Emittenten erhoben worden. Die von ca. 250 Klägern angestrebte Sammelklage wurde inzwischen vom Gericht abgewiesen. Das Urteil ist rechtskräftig.

Weitere Passivprozesse betreffen insbesondere Einzelfälle angeblich fehlerhafter Anlageberatung durch Mitarbeiter der Gontard & MetallBank AG vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Auch hier sind die Erfolgsaussichten als sehr niedrig einzustufen, da der Kundenstamm der Gontard & MetallBank AG überwiegend aus sachkundigen und spekulativ einzuordnenden Anlegern bestand.

Die Zahl der Aktivprozesse hat sich weiter verringert. Gegen die ehemaligen Organträger der Gontard & MetallBank AG wurden Klagen erhoben. Die Verfahren durch verschiedene Instanzen sind inzwischen abgeschlossen. Es wurden keine Urteile gegen die Organträger erwirkt.

Die im März 2008 gegen einen Bescheid des Finanzamtes Frankfurt wegen Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag vor dem Hessischen Finanzgericht erhobene Klage, die einen Steuerbescheid aus der Betriebsprüfung der Jahre 1999 und 2000 zur Körperschaftsteuer des Jahres 1999 betrifft, wurde mit Urteil vom 12. November 2012 abgewiesen.

Ich bin der Ansicht, dass für die Risiken aus den bestrittenen Forderungen, die zur Insolvenztabelle angemeldet wurden, auf Basis einer sachgerechten, realistischen Schätzung, welche die aktuell verfügbaren Informationen berücksichtigt, ausreichend Risikovorsorge getroffen wurde. Aufgrund der inhärenten hohen Unsicherheit der abgegebenen Schätzungen können sich jedoch noch Auswirkungen auf die folgenden Geschäftsjahre ergeben.

Zinsen auf Insolvenzforderungen

Die Forderungen der Insolvenzgläubiger werden, sofern sie als Insolvenzforderung anerkannt sind, ab Insolvenzeröffnung gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO verzinst. Die Zinsen sind im Sinne des § 39 InsO nachrangige Forderungen. Nach Lage des vorhandenen Vermögens kann mit einer Bedienung der nachrangigen Forderungen nicht gerechnet werden.

Bei den Insolvenzforderungen des Einlagensicherungsfonds sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH wurden bis zum 31. August 2002 (Datum der Entschädigung der Einleger) die ursprünglichen vertraglichen Zinssätze der Einlagen bei der Zinsermittlung angesetzt.

Ab dem 1. September 2002 werden die Zinsen mit dem Verzugszinssatz nach § 288 BGB errechnet.

Die zu entschädigenden Forderungen aus begebenen Inhaberschuldverschreibungen werden mit dem vertraglichen Zinssatz bis Laufzeitende der den Forderungen zugrundeliegenden Serie der Inhaberschuldverschreibung und danach mit dem Verzugszinssatz nach § 288 BGB verzinst.

Alle weiteren Insolvenzforderungen werden mit dem Verzugszinssatz nach § 288 BGB verzinst.

Ertragslage

Die Bank weist im Geschäftsjahr vom 17. Mai 2011 bis 16. Mai 2012 ein negatives Zinsergebnis von € 18,1 Mio aus. Dabei stehen Zinserträgen von € 1,4 Mio Zinsaufwendungen von € 19,5 Mio gegenüber, die fast ausschließlich nachrangige Zinsen i.S.d. § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO betreffen.

Gegenüber dem Vorjahr beträgt der Personalaufwand nahezu unverändert € 0,3 Mio. Die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich von 3,1 Mio € auf 4,2 Mio € erhöht. Der Posten enthält im Wesentlichen Kosten für die Abwicklung der Bank. Im Geschäftsjahr 2011/2011 konnten keine nennenswerte sonstigen betrieblichen Erträge erzielt werden.

Das Bewertungsergebnis von € 0,5 Mio ist fast ausschließlich durch Zuführungen zu Wertberichtigungen auf das Kreditgeschäft begründet.

Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses verbleibt ein Jahresfehlbetrag von € 23,1 Mio.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Bank hat sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um € 14,9 Mio auf € 632,9 Mio zum Bilanzstichtag 16. Mai 2012 erhöht. Dies ist im Wesentlichen auf die Passivierung nachrangiger Zinsen bei gleichzeitiger Erhöhung des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrags zurückzuführen. Die Kundenforderungen reduzierten sich insbesondere durch Rückzahlungen um € 0,2 Mio auf € 0,3 Mio. Die Forderungen an Kreditinstitute haben sich von € 156,5 Mio auf € 148,4 Mio verringert. Unter den sonstigen Vermögensgegenständen (€ 0,3 Mio) werden hauptsächlich Forderungen aus der Rückerstattung von Kapitalertragsteuern ausgewiesen. Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen für Forderungen aus dem Kreditgeschäft sind in angemessener Höhe gebildet, sie sind von den Kundenforderungen abgesetzt.

Aufgrund der Kapitalisierung von nachrangigen Zinsen im Sinne des § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO haben sich im Stichtagsvergleich auf der Passivseite die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um € 0,8 Mio auf € 18,5 Mio, die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, welche fast ausschließlich gegenüber den Einlagensicherungseinrichtungen bestehen, um € 17,3 Mio auf € 570,8 Mio und die verbrieften Verbindlichkeiten um € 0,2 Mio auf € 7,5 Mio erhöht. Die sonstigen Verbindlichkeiten haben sich um € 2,8 Mio auf € 35,0 Mio verringert. Dabei stehen Kapitalisierungen der nachrangigen Zinsen im Sinne des § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO von € 1,2 Mio Abschlagzahlungen auf zuvor festgestellte Tabellenforderungen von € 3,9 gegenüber. Die Rückstellungen haben sich aufgrund von Auflösungen und Verbrauch um € 0,6 Mio auf € 1,0 Mio vermindert. Die Rückstellungen entfallen fast ausschließlich auf andere Rückstellungen. Die

anderen Rückstellungen betreffen hauptsächlich Rückstellungen wegen bestrittener Insolvenzforderungen, Prozess-, Archivierungs- und Jahresabschlussprüfungskosten sowie für Abschlagszahlungen an die Gläubigerausschussmitglieder.

Eigenkapital, Bilanzverlust und nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Durch den Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2011/2012 von € 23,1 Mio hat sich der Bilanzverlust auf € 606,6 Mio zum Bilanzstichtag 16. Mai 2012 erhöht. Der Bilanzverlust von € 606,6 Mio übersteigt das vorhandene Eigenkapital (Grundkapital, Kapitalrücklage und Gewinnrücklagen) von € 122,8 Mio zum Bilanzstichtag 16. Mai 2012 um € 483,8 Mio. Dieser Betrag wird auf der Aktivseite im Posten "Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag" ausgewiesen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Aufstellung des Jahresabschlusses zum Bilanzstichtag 16. Mai 2012 sind nicht aufgetreten.

Risikobericht und Ausblick

Die Risiken für die künftige Abwicklung der Gesellschaft liegen hauptsächlich in der Verwertung der noch zu liquidierenden Vermögenswerte, insbesondere der Kundenforderungen, und im Ausgang der anhängigen Prozesse. Die Verwertungsdauer bezüglich der Vermögenswerte und die Dauer der Prozesse sind derzeit nicht genauer bestimmbar. Gleiches gilt auch für die Höhe der aus der Verwertung resultierenden Zahlungen und für eine mögliche Inanspruchnahme aus den Prozessen.

Im Hinblick auf das Ziel der Abwicklung der Gesellschaft und die damit einhergehenden stark rückläufigen Geschäftsaktivitäten wurde von der Einrichtung eines Risikomanagementsystems i.S.v. § 25a Abs. 1 KWG, wie es für werbende Kreditinstitute notwendig ist, abgesehen. Die im Rahmen der Abwicklung anfallenden Geschäftsprozesse werden allerdings in angemessenem Umfang gesteuert, überwacht und kontrolliert.

Für die weiteren Geschäftsjahre im Insolvenzzeitraum ist ebenfalls mit Jahresfehlbeträgen zu rechnen, insbesondere auch wegen der Passivierung künftig entstehender nachrangiger Zinsen für die Insolvenzforderungen i.S.v. § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO. Infolgedessen werden sich auch der Bilanzverlust und der auf der Aktivseite der Bilanz auszuweisende nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag erhöhen.

Bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses ist die avisierte Quote für die Insolvenzgläubiger von über 50 % erreicht worden. Die bisherigen Abschlagszahlungen belaufen sich auf insgesamt 57 %.

Eine exakte Bezifferung der endgültigen Quote kann aufgrund der geschilderten Unwägbarkeiten derzeit nicht vorgenommen werden.

Die Verfahrensdauer ist bei einem Insolvenzverfahren dieser Größenordnung nach jetzigem Stand noch weiterhin nicht genau voraussehbar. Aufgrund der sehr komplexen Abwicklung wird der Abwicklungszeitraum derzeit auf zwei Jahre geschätzt.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter (§ 264 Abs. 2 Satz 3 HGB, § 289 Abs. 1 Satz 5 HGB)

Ich versichere nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 18. Juni 2013

Dr. Klaus Pannen

Insolvenzverwalter der Gontard & MetallBank AG i. I.

Jahresbilanz zum 16. Mai 2012

der Gontard & MetallBank AG in Insolvenz, Frankfurt am Main

Aktivseite

	16.05.2012	16.05.2011
	€	T€
1. Barreserve		
a) Kassenbestand	1.973,13	9
2. Forderungen an Kreditinstitute		
a) täglich fällig	138.427.255,24	156.455
b) andere Forderungen	10.018.222,22	0
	148.445.477,46	156.455
3. Forderungen an Kunden	310.383,16	454
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert 0,00 (Vj. 0)		
Kommunalkredite 0,00 (Vj. 0)		
4. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00	0
5. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0
darunter: an Kreditinstituten 0,00 (Vj. 0)		

	€	16.05.2012 €	16.05.2011 T€	
an Finanzdienstleistungsinstituten 0,00 (Vj. 0)				
6. Sachanlagen		32,00	0	
7. Sonstige Vermögensgegenstände		347.946,43	352	
8. Rechnungsabgrenzungsposten		11.534,39	22	
9. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		483.764.773,32	460.658	
Summe der Aktiva		632.882.119,89	617.950	
Passivseite				
	€	€	16.05.2012 €	16.05.2011 T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		18.499.535,99		17.745
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		0,00		0
			18.499.535,99	17.745
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	305.407,33			
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	11.946,34	317.353,67		317
b) anderen Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	570.498.163,87			553.160
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	0,00	570.498.163,87		0
			570.815.517,54	553.477
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen			7.502.503,64	7.264
4. Sonstige Verbindlichkeiten			35.041.054,28	37.799

		16.05.2012	16.05.2011
	€	€	T€
5. Rechnungsabgrenzungsposten		125,58	1
6. Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	7.321,00		7
b) andere Rückstellungen	1.016.061,86		1.657
		1.023.382,86	1.664
7. Eigenkapital			
a) gezeichnetes Kapital	49.300.000,00		49.300
b) Kapitalrücklage	67.457.305,66		67.457
c) Gewinnrücklagen			
ca) gesetzliche Rücklage	38.449,15		
cb) andere Gewinnrücklagen	6.037.197,86	6.075.647,01	6.076
d) Bilanzverlust	-122.832.952,67		-122.833
		0,00	0
Summe der Passiva		632.882.119,89	617.950
1. Eventualverbindlichkeiten			
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		8.313,30	8

Frankfurt am Main, den 18. Juni 2013

Dr. Klaus Pannen

Insolvenzverwalter der Gontard & MetallBank AG i. I.

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

der Gontard & MetallBank AG in Insolvenz, Frankfurt am Main

AUFWENDUNGEN

	€	€	17. Mai 2011 bis 16. Mai 2012 €	17.05.2010 bis 16. Mai 2011 T €
1. Zinsaufwendungen			19.503.349,18	19.238
davon gem. § 277 Abs. 5 HGB Abzinsung von Rückstellungen € 20.091,19 (im Vorjahr T€ 0)				
2. Provisionsaufwendungen			4.566,28	5
3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	261.162,08			
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	36.071,48	297.233,56		283
darunter: für Altersversorgung € 3.781,36 (im Vorjahr T€ 4)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen		4.217.375,12	4.514.608,68	3.113
				3.396
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle An- lagewerte und Sachanlagen			3,00	0
5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			541.098,89	699
6. Ausserordentliche Aufwendungen			0,00	2
7. Sonstige Steuern, soweit nicht unter 'Sonstige betriebliche Auf- wendungen' ausgewiesen			670,32	1
Summe der Aufwendungen			24.564.296,35	23.341

ERTRÄGE

	€	17. Mai 2011 bis 16. Mai 2012	17.05.2010 bis 16. Mai 2011
	€	17. Mai 2011 bis 16. Mai 2012	T €
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.446.625,28		1.203
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	0,00	1.446.625,28	
			1.203
2. Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		0,03	1.086
3. Provisionserträge		895,00	3
4. Sonstige betriebliche Erträge		10.415,22	495
5. Ausserordentliche Erträge		0,00	1.385
6. Jahresfehlbetrag		23.106.360,82	19.169
Summe der Erträge		24.564.296,35	23.341
1. Jahresfehlbetrag		23.106.360,82	19.169
2. Verlustvortrag aus den Vorjahren		583.491.365,17	564.322
3. Bilanzverlust		606.597.725,99	583.491

Frankfurt am Main, den 18. Juni 2013

Dr. Klaus Pannen

Insolvenzverwalter der Gontard & MetallBank AG i. I.

Kapitalflussrechnung

der Gontard & MetallBank AG in Insolvenz, Frankfurt am Main

	16.05.2012	16.05.2011
	T €	T €
Jahresfehlbetrag	-23.106	-19.169
Aktiva Forderung gegenüber Kunden	143	363
Aktiva Sachanlagen	0	1
Aktiva sonstige Vermögensgegenstände	4	-286
Aktiva Rechnungsabgrenzungsposten	11	232
Passiva Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	754	702
Passiva Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	17.339	16.919
Passiva verbrieftete Verbindlichkeiten	238	232
Passiva sonstige Verbindlichkeiten	-2.758	456
Passiva Rechnungsabgrenzung	-1	0
Passiva Rückstellungen	-641	-185
Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-8.017	-735
Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit	0	0
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	0	0
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	156.464	157.199
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	148.447	156.464

Frankfurt am Main, den 18. Juni 2013

Dr. Klaus Pannen

Insolvenzverwalter der Gontard & MetallBank AG i. I.

Eigenkapitalspiegel

der Gontard & MetallBank AG in Insolvenz, Frankfurt am Main

Geschäftsjahr vom 17. Mai 2010 bis 16. Mai 2011

	Gezeichnetes Kapital in T €	Kapitalrücklage in T €	Gewinnrücklagen in T €	Bilanzgewinn/ verlust (-) in T €	Summe Eigenkapital in T €
Stand 17.05.2010	49.300	67.457	6.076	-564.322	-441.489
Kapitalerhöhungen/Veräuße- rung eigener Anteile	0	0	0	0	0
Kapitalherabsetzungen/Erwerb eigener Anteile	0	0	0	0	0
Geleistete Ausschüttungen	0	0	0	0	0
Übrige Veränderungen	0	0	0	0	0
Jahresergebnis 16.05.2011	0	0	0	-19.169	-19.169
Stand 16.05.2011	49.300	67.457	6.076	-583.491	-460.658

Geschäftsjahr vom 17. Mai 2011 bis 16. Mai 2012

	Gezeichnetes Kapital in T €	Kapitalrücklage in T €	Gewinnrücklagen in T €	Bilanzgewinn/ verlust (-) in T €	Summe Eigenkapital in T €
Stand 17.05.2011	49.300	67.457	6.076	-583.491	-460.658
Kapitalerhöhungen/Veräuße- rung eigener Anteile	0	0	0	0	0
Kapitalherabsetzungen/Erwerb eigener Anteile	0	0	0	0	0
Geleistete Ausschüttungen	0	0	0	0	0
Übrige Veränderungen	0	0	0	0	0
Jahresergebnis 16.05.2012	0	0	0	-23.107	-23.107

	Gezeichnetes Kapital in T €	Kapitalrücklage in T €	Gewinnrücklagen in T €	Bilanzgewinn/- verlust (-) in T €	Summe Eigenkapital in T €
Stand 16.05.2012	49.300	67.457	6.076	-606.598	-483.765

Frankfurt am Main, den 18. Juni 2013

Dr. Klaus Pannen

Insolvenzverwalter der Gontard & MetallBank AG i. I.

Anhang zum Jahresabschluss 16.05.2012

Allgemein

Der Jahresabschluss der Gontard & MetallBank Aktiengesellschaft in Insolvenz, Frankfurt am Main, zum 16. Mai 2012 - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 17. Mai 2011 bis zum 16. Mai 2012, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalpiegel - wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) erstellt. Ergänzend zu diesen Vorschriften waren die Regelungen des Aktiengesetzes zu beachten. Soweit für Pflichtangaben ein Wahlrecht besteht, diese in Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang darzustellen, sind diese im Anhang aufgeführt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und Grundlagen für die Umrechnung von Fremdwährungsposten in EURO

Am 17. Mai 2002 wurde nach Überschuldungsanzeige durch den Vorstand der Gontard & MetallBank AG vom 14. Mai 2002 auf Antrag der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom 16. Mai 2002 durch das Amtsgericht Frankfurt am Main über das Vermögen der Gontard & MetallBank AG das Insolvenzverfahren wegen Überschuldung eröffnet. Die Gläubigerversammlung hat die Betriebsfortführung mit dem Ziel der Abwicklung der Bank beschlossen. Die Betriebsfortführung dient hierbei der Sicherung der Vermögenswerte. Aus aufsichtsrechtlichen Gründen wurde kein Neugeschäft mehr generiert.

Mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens am 17. Mai 2002 hat ein neues Geschäftsjahr begonnen. Das erste Geschäftsjahr nach Insolvenzeröffnung umfasst den Zeitraum vom 17. Mai 2002 bis zum 16. Mai 2003. Die folgenden Geschäftsjahre umfassen jeweils 12 Monate.

Im Hinblick auf die Entwicklung der Gesellschaft wurden sämtliche Vermögensgegenstände, einschließlich der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Veräußerung innerhalb eines absehbaren Zeitraums beabsichtigt war oder die nicht mehr dem Geschäftsbetrieb dienen (§ 270 Abs. 2 Satz 3 AktG), wie Umlaufvermögen bewertet und mit ihren voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Veräußerungswerten angesetzt. Die Bewertung der im Jahresabschluss erfassten Vermögensgegenstände und Schulden erfolgte im Hinblick auf die Abwicklung der Bank insoweit unter Abkehr vom Grundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Wertaufhellende Ereignisse wurden bei der Aufstellung des Jahresabschlusses bis Mitte Juni 2013 berücksichtigt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Wertansätze in der Eröffnungsbilanz des Geschäftsjahres vom 17. Mai 2011 bis 16. Mai 2012 stimmen mit denen der Schlussbilanz zum 16. Mai 2011 überein.

Die Barreserve ist zum Nennwert angesetzt.

Die Forderungen aus dem Bankgeschäft an Kreditinstitute und Kunden sind mit dem Nennbetrag zuzüglich anteiliger Zinsen bis zum Bilanzstichtag 16. Mai 2012 aktiviert. Soweit die Forderungen mit akuten Ausfallrisiken behaftet sind oder soweit bei ihrer Verwertung mit Verlusten zu rechnen ist, sind sie mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Die für die akuten Ausfallrisiken oder für die Verwertungsverluste gebildeten Einzelwertberichtigungen sind von den Forderungen abgesetzt. Die latenten Risiken wurden durch die Bildung der Pauschalwertberichtigung berücksichtigt.

Die Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere sind zum überwiegenden Teil veräußert. Die zum Bilanzstichtag 16. Mai 2012 noch vorhandenen Wertpapiere sind mit den Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bzw. mit dem bei ihrer Veräußerung im Wertaufhellungszeitraum erzielten Werten angesetzt.

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen erfolgte zum Abschlussstichtag 16. Mai 2012 mit den Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bzw. mit den bei ihrer Veräußerung im Wertaufhellungszeitraum erzielten Werten.

Die zum Bilanzstichtag 16. Mai 2012 noch nicht veräußerten und im Insolvenzzeitraum nicht mehr genutzten Gegenstände des Sachanlagevermögens sind unter Beachtung von § 270 Abs. 2 Satz 2 AktG mit den von einem öffentlichen bestellten und vereidigten Versteigerer ermittelten Liquidationswerten bilanziert. Die im Insolvenzzeitraum weiter genutzten Vermögensgegenstände sind mit den um planmäßige Abschreibungen verminderten Anschaffungs- und Herstellungskosten aktiviert. Bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung.

Die Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber Kreditinstituten und Kunden wurden mit Ihrem Erfüllungsbetrag einschließlich anteiliger Zinsen bis zum Abwicklungseröffnungsbilanzstichtag am 17. Mai 2002 und zuzüglich nachrangiger Zinsen gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO passiviert.

Die begebenen Schuldverschreibungen sind mit ihrem Erfüllungsbetrag einschließlich anteiliger Zinsen bis zum Abwicklungseröffnungsbilanzstichtag am 17. Mai 2002 und zuzüglich nachrangiger Zinsen gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO bilanziert.

Die Berechnung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen zum Bilanzstichtag 16. Mai 2012 erfolgte mittels versicherungsmathematischer Gutachten unter Verwendung eines Rechnungszinsfußes von 5,12 % nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren auf der Grundlage der Sterbetafeln von Dr. Klaus Heubeck 2005 G und unter Berücksichtigung einer laufenden Rentenanpassung von 1,5% und einer Fluktuationsrate von 2%. Aufgrund der vorgesehenen Liquidation der Gesellschaft erfolgt keine Berücksichtigung von erwarteten Gehaltssteigerungen. Die erforderliche Zuführung beträgt zum Jahresende € 375.

Andere Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt, Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit ihrem Barwert. Die verwendeten Abzinsungszinssätze entsprechen den für Mai 2012 veröffentlichten Zinssätzen der Deutsche Bundesbank für die jeweiligen Restlaufzeiten der Rückstellungen. Die für ungewisse Verbindlichkeiten und für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildeten anderen Rückstellungen decken die zu erwartenden Verpflichtungen.

Vor dem Hintergrund der Liquidation der Gesellschaft wurden die Jahresabschlussprüfungskosten bis zur Prüfung der Schlussbilanz sowie die Abschlagszahlungen für die Vergütung der Gläubigerausschussmitglieder zurückgestellt. Die Rückstellungen für Archivierungskosten beinhalten die laufenden Archivierungskosten sowie die Zuführung zur Rückstellung für die Kosten

der Archivierung gemäß § 273 Abs. 2 S.1 AktG. Die neu beginnende einheitliche Aufbewahrungsdauer für sämtliche Unterlagen beträgt 10 Jahre, auch wenn die teilweise kürzeren Fristen nach § 257 HGB noch nicht abgelaufen sind. Die Rückstellungen für Archivierungskosten mit einer Restlaufzeit von zwei Jahren und zehn Jahren werden gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB entsprechend den jeweiligen Restlaufzeiten mit 3,81% und 4,83% abgezinst.

Die Fremdwährungsverbindlichkeiten wurden mit dem Devisenreferenzkurs am 16. Mai 2002 umgerechnet. Die Anerkennung als Insolvenzforderung erfolgte nach der Insolvenzordnung zum Devisenreferenzkurs am 16. Mai 2002. Zum Bilanzstichtag bestanden keine neuen Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährung.

Devisentermin- und Swapgeschäfte und andere Geschäfte mit derivativen Finanzinstrumenten bestanden am Bilanzstichtag 16. Mai 2012 nicht.

In der Gewinn- und Verlustrechnung wird von den Verrechnungsmöglichkeiten nach § 340 c Abs. 2 HGB und § 340 f Abs. 3 HGB Gebrauch gemacht.

Gliederung von Bilanzpositionen nach Restlaufzeiten

	16.05.2012	16.05.2011
	T €	T €
Forderungen an Kreditinstitute		
täglich fällig	138.427	156.455
bis 3 Monate	10.018	0
	148.445	156.455
Forderung an Kunden		
täglich fällig	283	416
bis 3 Monate	0	0
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	4	6
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	23	31
mehr als 5 Jahre	0	0
	310	453

Alle begebenen Schuldverschreibungen sowie alle Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden mit Ausnahme der Spareinlagen sind täglich fällig.

Weitere Angaben zu ausgewählten Bilanzposten

Anlagespiegel

Die Entwicklung der Aktien und anderen festverzinslichen Wertpapiere, der Anteile an verbundenen Unternehmen sowie der Sachanlagen ist für das Geschäftsjahr nachstehend aufgeführt.

	Anschaffungskosten T €	Zugang T €	Zuschreibungen T €	Abgang T €	kumul. Abschrei- bungen T €	Abschreibung lfd. Jahr T €
Aktien und andere nicht Festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	0	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.000	0	0	0	1.000	0
Sachanlagen (nur Betriebs- und Geschäftsausstattung)	100	0	0	0	100	0
			Buchwert 16.5.2011	Buchwert 16.5.2012		
			T €	T €		
Aktien und andere nicht Festverzinsliche Wertpapiere			0	0		
Anteile an verbundenen Unternehmen			0	0		
Sachanlagen (nur Betriebs- und Geschäftsausstattung)			0	0		
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere						
					16.05.2012	16.05.2011
					T €	T €
Börsenfähig und börsennotiert					0	0
Börsenfähig und nicht börsennotiert					0	0
Nicht börsenfähig					0	0
					0	0
Sonstige Vermögensgegenstände						
					16.05.2012	16.05.2011
					T €	T €
Steuererstattungsansprüche					338	342

	16.05.2012	16.05.2011
	T €	T €
Auf Treuhandkonto gezahlte Abschlagszahlungen	10	10
	348	352

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

	16.05.2012	16.05.2011
	T €	T €
Ausgaben vor dem Bilanzstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag sind	12	22

Anteile an verbundenen Unternehmen

(Angabe nach § 285 Nr. 11 HGB)	Gesellschaftskapital	anteiliges Gesell-	Beteiligungsquote	Beteiligungsergebnis
	T €	schaftskapita	%	T €
		T €		
GMB Research & Consulting GmbH i. I. , Frankfurt am Main	1.000	1.000	100	0

Durch Beschluss des Amtsgerichtes Offenbach wurde das Insolvenzverfahren der GMB Research & Consulting GmbH nach Schlussverteilung am 29. Juni 2010 aufgehoben.

Es bestehen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von T€ 1.148 (einschließlich nachrangiger Zinsen).

Sonstige Verbindlichkeiten

	16.05.2012	16.05.2011
	T €	T €
Nachrangige Zinsen auf anerkannte Insolvenzforderungen	19.541	18.358
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen sowie Vergleichsvereinbarungen	10.295	12.322
Verbindlichkeiten gegenüber dem Pensions-Sicherungs-Verein	4.465	6.379
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	420	420
Noch abzuführende Zinsabschlagsteuer u. Solidaritätsabgabe	287	287
Gehälter	9	9
Noch abzuführende Steuern und Sozialabgaben	3	3

	16.05.2012	16.05.2011
	T €	T €
Übrige	21	21
	35.041	37.799

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

	16.05.2012	16.05.2011
	T €	T €
Vor dem Bilanzstichtag vereinnahmte Beträge, die nach dem Bilanzstichtag Ertrag werden	0	1

Genussrechtskapital

Das begebene Genussrechtskapital von nominal T€ 583 diente zur Verstärkung des haftenden Eigenkapitals gemäß § 10 Abs. 5 KWG. Aufgrund der in vorangehenden Geschäftsjahren ausgewiesenen Bilanzverluste verminderte sich der Rückzahlungsanspruch jedes Genussscheininhabers auf null. Ausschüttungen auf das Genussrechtskapital erfolgte wegen des Bilanzverlustes nicht. Sofern in künftigen Geschäftsjahren Gewinne erzielt werden, sind die Rückzahlungsansprüche bis zum (ursprünglichen) Nennbetrag aus diesen zu erhöhen und die rückständigen Ausschüttungsansprüche der Genussscheininhaber zu bedienen, bevor eine Gewinnverwendung vorgenommen wird. Rückzahlungsansprüche der Genussrechtsinhaber sind gegenüber Ansprüchen anderer Gläubigern nachrangig.

Das im Umlauf befindliche Genussrechtskapital hat eine Laufzeit vom 30.09.1999 bis zum 30.09.2011 und ist mit einem Zinssatz von 6 % ausgestattet.

Der Rückzahlungsanspruch ist aufgrund des Bilanzverlustes im Geschäftsjahr 0,00 €.

Aktionäre

Der Bank liegen keine Informationen zum Aktionärskreis vor.

Entwicklung des Eigenkapitals

	16.05.2012	16.05.2011
	T €	T €
Gezeichnetes Kapital (9.299.999 Stückaktien)	49.300	49.300
Kapitalrücklage	67.457	67.457
Gewinnrücklagen		
gesetzliche Rücklage	39	39
Rücklage für eigene Anteile	0	0

	16.05.2012	16.05.2011
	T €	T €
andere Gewinnrücklagen	6.037	6.037
Bilanzverlust - soweit durch Eigenkapital gedeckt -	-122.833	-122.833
	0	0
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	483.765	460.658

Zum 16. Mai 2012 sind der Bank als Sicherheit keine Aktien der Gontard & MetallBank AG i. I. verpfändet.

Eventualverbindlichkeiten

	16.05.2012	16.05.2011
	T €	T €
Bürgschaften	8	8

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Zum Bilanzstichtag 16. Mai 2012 bestanden keine unwiderrufliche Kreditzusagen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag 16. Mai 2012 bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von T€ 16 (Vorjahr T€ 187) aus Mietverträgen und Kfz-Leasingverpflichtungen.

Fremdwährungsaktiva- und passiva

Es bestehen zum Bilanzstichtag 16. Mai 2012 keine Fremdwährungspositionen.

Sonstige Angaben

Mitarbeiter

Zum Bilanzstichtag 16. Mai 2012 sind bei der Bank 3 Mitarbeiter beschäftigt. Dabei handelt es sich um zwei weibliche und einen männlichen Angestellten. Auszubildende sind zum Bilanzstichtag 16. Mai 2012 bei der Bank nicht beschäftigt.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinsüberschuss

	17.05.2011- 16.05.2012 T €	17.05.2010- 16.05.2011 T €
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus festverzinslichen Wertpapieren	1.447	1.203
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	1.086
Beteiligungen	0	0
Anteilen von verbundenen Unternehmen	0	0
Zw. Summe Zinserträge	1.447	2.289
Zinsaufwendungen für		
Einlagen	0	0
verbriefte Verbindlichkeiten	0	0
Sonstige	22	0
Nachrangige Zinsen	19.482	19.237
Zw. Summe Zinsaufwendungen	19.504	19.237
Gesamt	-18.057	-16.948

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	17.05.2011- 16.05.2012 T €	17.05.2010- 16.05.2011 T €
Zuführungen zu den Wertberichtigungen und Abschreibungen auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve	544	724
Auflösungen von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen	0	1
Forderungsabschreibungen	0	9
Auflösung von Rückstellungen	1	0
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	2	33
Saldo	541	699

Provisionsüberschuß

	17.05.2011- 16.05.2012 T €	17.05.2010- 16.05.2011 T €
Wertpapiergeschäft	0	2
Depot- und Verwahrgeschäft	-4	-4
Sonstiges Provisionsgeschäft	0	0
Gesamt	-4	-2

Verwaltungsaufwand

	17.05.2011- 16.05.2012 T €	17.05.2010- 16.05.2011 T €
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	261	249
Soziale Abgaben	32	30
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	4	4
Andere Verwaltungsaufwendungen	4.217	3.113
Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	0
Gesamt	4.514	3.396

Sonstige betriebliche Erträge/Sonstige betriebliche Aufwendungen

	17.05.2011- 16.05.2012 T €	17.05.2010- 16.05.2011 T €
Erträge aus Auflösungen von Rückstellungen	1	50
Gewinne/Verluste aus Anlageverkäufen	0	0
Erstattungen von Rechtskosten	10	429

	17.05.2011- 16.05.2012 T €	17.05.2010- 16.05.2011 T €
Erträge aus Vergleichsvereinbarungen	0	15
Aufwendungen aus Schadenersatzmeldungen und übrige	0	0
Saldo	11	494

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung sowie Betriebsergebnis

	17.05.2011- 16.05.2012 T €	17.05.2010- 16.05.2011 T €
Zinserträge	1.447	1.203
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nichtfestverzinslichen Wertpapieren	0	1.086
Zinsaufwendungen	19.504	19.237
Zinsüberschuss	-18.057	-16.948
Risikovorsorge Kreditgeschäft	541	699
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	-18.598	-17.647
Provisionserträge	1	3
Provisionsaufwendungen	5	5
Provisionsüberschuss	-4	-2
Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen (Saldo)	11	495
Verwaltungsaufwand	4.514	3.396
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	-23.105	-20.550
Außerordentlicher Erträge und Aufwendungen (Saldo)	0	1.382
Sonstige Steuern	1	1
Ergebnis vor Steuern	-23.106	-19.169
Ertragssteuern	0	0

	17.05.2011- 16.05.2012 T €	17.05.2010- 16.05.2011 T €
Jahresfehlbetrag	-23.106	-19.169

Organe der Gesellschaft

Ein Aufsichtsrat bestand, hatte aber keine Mitglieder mehr.

Dem Vorstand gehörte bis zu seinem Ausscheiden zum 13. Januar 2008, Herr Lothar Mark an. Nach dem 13. Januar 2008 gehörten dem Vorstand keine Mitglieder mehr an. Am 23. September 2010 wurde Herr Jens Fasking (Mitarbeiter der Bank) mit Beschluss des Amtsgerichts Frankfurt am Main zum Notvorstand der Gesellschaft bestellt.

Aufsichtsratsvergütungen wurden im abgelaufenen Geschäftsjahres nicht gezahlt.

Für ehemalige Vorstände und ihre Hinterbliebenen sind keine Pensionsrückstellungen gebildet worden. Auch bestanden gegenüber dem Vorstand zum Bilanzstichtag 16. Mai 2012 keine Kreditfinanzierungen und Bürgschaften. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden Zahlungen in Höhe von insgesamt € 1.311.000,00 an ehemalige Vorstände geleistet.

Pensionsgeschäfte/Sicherheiten

Zum Bilanzstichtag 16. Mai 2012 bestanden keine Pensionsgeschäfte.

Termingeschäfte und derivate Geschäfte

Zum Bilanzstichtag 16. Mai 2012 bestanden keine Termingeschäfte und keine Derivatgeschäfte.

Abschlussprüferhonorar (§ 285 Nr. 17 HGB)

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer wie im Vorjahr kein Aufwand erfasst. In den anderen Rückstellungen sind € 55.000,00 für die Abschlussprüfung enthalten, die bereits in Vorjahren aufwandswirksam erfasst und den anderen Rückstellungen zugeführt wurden.

Für die Leistung der Steuerberatung wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Honorare in Höhe von € 29.829,23 (Vorjahr € 15.357,04) berechnet.

Verbandszugehörigkeit

Die Bank war bis zum 16.05.2002 Mitglied des Bankenverbandes Hessen e.V. und gehörte dem Einlagensicherungsfond innerhalb des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. an.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter (§ 264 Abs. 2 Satz 3 HGB, § 289 Abs. 1 Satz 5 HGB)

Ich versichere nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 18. Juni 2013

Dr. Klaus Pannen

Insolvenzverwalter der Gontard & MetallBank AG i. I.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Gontard & MetallBank AG in Insolvenz, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 17. Mai 2011 bis 16. Mai 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Insolvenzverwalters der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Insolvenzverwalters sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat mit Ausnahme der folgenden Einschränkung zu keinen Einwendungen geführt: Entgegen § 285 Nr. 9 Buchstabe a) Satz 5 HGB wurden im Anhang die Bezüge des einzigen Notvorstandsmitglieds nicht angegeben.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss mit der genannten Einschränkung den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit einem den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Pflichtgemäß weisen wir auf die Ausführungen des Insolvenzverwalters in den Abschnitten "Vorbemerkung" und "Geschäftsverlauf" des Lageberichtes und im Abschnitt "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und Grundlagen für die Umrechnung von Fremdwährungsposten in EURO" im Anhang hin, dass sich die Gesellschaft mit Wirkung zum 17. Mai 2002 in Insolvenz befindet und der Jahresabschluss unter Abkehr vom Grundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB) aufgestellt wurde.

Frankfurt am Main, den 18. Juni 2013

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hans Struwe, Wirtschaftsprüfer

ppa. Dr. Jürgen Kuhlmann, Wirtschaftsprüfer